

Heinz-J. Bontrup

Zinsschritt der EZB richtig

Jetzt versucht die EZB mit der nochmaligen Leitzinssenkung von 0,25 auf 0,15 Prozent und mit einem Strafzins in Höhe von 0,10 Prozent für von Geschäftsbanken bei der EZB über Nacht geparktes Geld, sowie durch ein zusätzliches Geldangebot von 400 Milliarden Euro, für Firmenkredite den privaten Konsum und die Investitionstätigkeit in der Wirtschaft zu beleben. Damit will die EZB einer womöglich drohenden und gefährlichen Deflation etwas entgegen setzen. Die Maßnahme ist richtig. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist nicht nur verantwortlich für stabile Preise, wie die Überzahl der Ökonomen und Wirtschaftsjournalisten mal wieder schreibt. Genauso wie die US-amerikanische Notenbank Fed hat auch die EZB eine Verantwortung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu übernehmen. Dies besonders dann, wenn eine völlig versagende herrschende Politik in Europa auf staatliche Kreditbremsen (Schuldenbremsen) setzt (siehe Europäischer Fiskalpakt), und offensichtlich nicht einmal das gesamtwirtschaftliche Sparparadoxon begriffen hat, wonach eine staatliche Austeritätspolitik insbesondere in der Krise in eine noch größere Rezession oder gar Depression führt und am Ende die öffentliche Verschuldung nicht kleiner, sondern größer geworden ist. Die EZB wird insofern von den europäischen Regierungen durch eine kontraproduktive staatliche Fiskalpolitik unverantwortlich im Stich gelassen. Wir können deshalb froh sein, dass EZB-Chef Mario Draghi ökonomische Rationalität walten lässt, wie schon 2012 bei der Drohung an alle Spekulanten, die EZB werde nachhaltig den Euro durch den Aufkauf notleidender Staatsanleihen schützen.

Jetzt schreien die vermögenden Geldeigentümer und ihre Interessenvertreter „Enteignung“ – wobei sich realiter bei einer durchschnittlichen Inflationsrate im Euroraum von 0,5 Prozent der negative Realzins bei einer fast risikolosen Geldanlage um die 0,35 Prozent noch in Grenzen hält. Aber: natürlich ist dies eine reale Vermögensvernichtung. Private Altersvorsorge bekommt dadurch Probleme. Dies ist dann als Lehrgeld zu verbuchen. Man sollte soviel ökonomischen Sachverstand haben, dass eine unsolidarische kapitalgedeckte Rente nie sicher ist. Außerdem sind auch mehr als massive politische Einschnitte bei der gesetzlichen Rentenversicherung gemacht worden. Der Unterschied zur privaten Altersvorsorge ist hier aber, dass diese Kürzungen sämtlich nicht notwendig waren. Dazu bedarf es nur eines Blickes auf die Verteilung des Volkseinkommens mit einem viel zu hohen Anteil an Besitzeinkommen (Gewinn, Zins, Miete/Pacht) in Relation zum Arbeitseinkommen. Und man sollte auch wissen, dass Zinsen auf Kapital immer nur in der produzierenden Realwirtschaft erarbeitet werden können. Dummheit muss bestraft werden, damit man aus den Fehlern für die Zukunft lernt. Schuldner, private und auch der Staat, sowie in

Produktionsanlagen und Häuser investierende Unternehmen sowie private Haushalte profitieren dagegen von den niedrigen Zinsen. Auch die Exportwirtschaft durch eine Abwertung des Euros. Dies ist ein großer Vorteil. Andererseits verführen niedrige Zinsen an den Börsen zum Zocken und lösen neue Spekulationsblasen aus.

Was lehrt uns das alles. Die weltweit ausgebrochene Finanz- und Wirtschaftskrise ist nicht im Geringsten gelöst. Die Vermögenden durften ihr Vermögen (Geld) der Krise behalten. Der Staat hat im Wesentlichen die Krisenlast durch eine gigantische Zunahme der Staatsverschuldungen und die abhängig Beschäftigten durch millionenfachen Arbeitsplatz- und Einkommensverlust bezahlt. Jetzt finden die Reichen und Sparer für ihre „räuberische Ersparnis“ (John Maynard Keynes), für ihre Überschussliquidität, keine Anlage in der einzig wertschöpfenden produzierenden Wirtschaft mehr. Sie können einem richtig Leid tun, die Geldeigentümer. Nein: Endlich bezahlen sie für die Krise durch eine schleichende marginale Enteignung ihrer Liquidität zumindest ein wenig mit. Und sie werden weiter bezahlen. Denn die Zinsen werden solange niedrig bleiben, bis sie und die herrschende Politik endlich kapieren und es interessenideologisch akzeptieren, dass nur ein weltweiter Schuldenschnitt sie noch retten kann. Sind die Plutokraten und ihre Unterstützer in der Politikelite dazu aber nicht bereit, auf etwas von ihrem hoch konzentrierten Vermögensbeständen, wie uns gerade der französische Ökonom, Thomas Piketty, gezeigt hat, zu verzichten, so werden sie die ökonomische Lektion lernen müssen. Die Wirtschaft wird auf kurz oder lang ohne den Schuldenschnitt in ein Chaos stürzen. Noch mehr Arbeitslose, Verelendung und ökonomischer Niedergang werden der Befund sein. Dies ist dann mehr als hochproblematisch – auch für den politischen Überbau. Die Gesellschaft verliert insgesamt. Am Ende funktioniert dann auch der „Trick“ mit der Staatsverschuldung zur Krisenkompensation und weiteren Zinsbereicherung der Vermögenden, ohne das sie selbst überhaupt für diese Zinseinkünfte gearbeitet haben, nicht mehr. Die Völker werden die politischen Mystifikationen der neoliberalen Regierungen zum Schutz der wenigen Vermögenden nicht mehr akzeptieren.

Juni 2014